

1290

11. Juli 1979

49. Session der europäischen Verkehrsministerkonferenz (CEMT),
Belgrad 30. - 31. Mai 1979, Berichterstattung

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement. Antrag vom
19. Juni 1979 (Beilage)
Departement für auswärtige Angelegenheiten. Mitbericht vom
2. Juli 1979 (Zustimmung)
Departement des Innern. Mitbericht vom 28. Juni 1979 (Zustim-
mung)
Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 9. Juli 1979
(Zustimmung)
Volkswirtschaftsdepartement. Mitbericht vom 4. Juli 1979
(Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

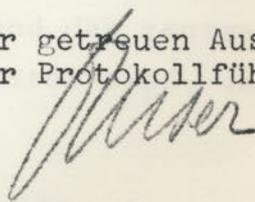
b e s c h l o s s e n :

Vom Bericht über die Verhandlungen der 49. Session der europäischen Verkehrsministerkonferenz (CEMT) wird Kenntnis genommen.

Protokollauszug (Antrag ohne Beilagen) an:

- EVED 16 (GS 3, BAV 4, Stabsstelle für Verkehrsfragen 3,
BEW 3, GD SBB 3) zum Vollzug
- EDA 6 (DV, Integrationsbureau) zur Kenntnis
- EDI 7 (GS, ASB, BUS) zur Kenntnis
- EJPD 5 (GS, BAP) zur Kenntnis
- EVD 5 (GS, BAWI) zur Kenntnis

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:





EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES TRANSPORTS ET COMMUNICATIONS ET DE L'ÉNERGIE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE

3003 Bern, 19. Juni 1979

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

49. Session der europäischen
 Verkehrsministerkonferenz (CEMT)

1. Der Ministerrat der CEMT tagte am 30./31. Mai in Belgrad unter dem Vorsitz des Verkehrsministers, A. Zelić (Jugoslawien).
2. Wegen Verhinderung des Unterzeichneten leitete BAV-Direktor, P. Trachsel, die schweizerische Delegation, begleitet vom Stellvertreter für die CEMT, Sektionschef P.R. Jordanis, sowie Adjunkt G. Chappuis. Vizedirektor R. Messerli vertrat das Justiz- und Polizeidepartement.
3. - Hauptthema der Session war die Verbesserung des Transits im Güterverkehr. Hier liegen die Hauptprobleme in der Ueberbelastung der Strassen, den schlecht ausgelasteten Bahnen und der Notwendigkeit, den grenzüberschreitenden kombinierten Verkehr zu fördern. Im grossen und ganzen ergab sich eine erfreuliche Uebereinstimmung zwischen den peripheren Ländern, die eher Verkehr erzeugen, und den zentraleren, die überdurchschnittlich mit Transit belastet sind, darunter vor allem auch die Schweiz.
 - Die schweizerische Delegation hat im wesentlichen folgende Punkte vertreten:
 - a. Bekräftigung der traditionell aktiven Transitpolitik der Schweiz mit dem Willen zu entsprechenden finanziellen Anstrengungen.

- b. Beharren auf den heutigen Mass- und Gewichtsbeschränkungen im Strassengüterverkehr, die unseren topographischen und klimatischen Besonderheiten entsprechen.
- c. Bereitschaft, an europäischen Lösungen mitzuarbeiten für die Umlage der Wegekosten auf die Strassenbenützerkategorien, sofern unsere nationalen Interessen befriedigend berücksichtigt werden.
- d. Notwendigkeit der Förderung des kombinierten Verkehrs und Informationen über die kommenden schweizerischen Investitionen.

Die CEMT hat zu diesen Fragen eine Resolution (Beilage 1) verabschiedet, die unseren Anliegen weitgehend entgegenkommt.

- Nach interdepartementaler Vorbesprechung in Bern, ferner nach Kontakten mit den Delegationen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, der Niederlande und der EG-Kommission beantragte die Schweiz, Seite 2 Absatz 4 der Resolution wie folgt zu ergänzen: "...par ailleurs toute introduction d'un système de taxation devrait, d'une part, tenir compte des conventions internationales en vigueur et, d'autre part, respecter le principe de non-discrimination...". Es galt dabei, einen allfälligen Widerspruch zwischen der Empfehlung der Resolution um Deckung der Wegekosten für alle Verkehrsträger und dem in den Mannheimer Akten festgesetzten Prinzip der Schifffahrtsfreiheit auf dem Rhein anzutönen. Nachdem die Bundesrepublik unserem Antrag "der für die BRD nichts am allgemeinen Grundsatz der Kostendeckung für alle Verkehrsträger ändere", zustimmte, nahm die Konferenz den Zusatz an.

4. Hinsichtlich der Verkehrssicherheit befasste sich die Konferenz mit dem Schutz der Kinder auf der Strasse. Die zahlreichen und schweren Unfälle bei Nachtveranlasste sie ferner zu einer Resolution (Beilage 2) mit verschiedenen Massnahmen. Sie setzte auch ihre Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Verkehrsregeln und der Strassensignalisation fort. Dabei konnte sie sich u.a. auf eine einheitliche Parkscheibe einigen, die spätestens ab 1.1.1982 in allen CEMT-Staaten gültig sein wird.
5. Die Diskussion um das Arbeitsprogramm der CEMT galt ausschliesslich dem Thema der Energieversorgung. Ausgelöst wurde die Debatte von US-Staatssekretär, Brock Adams, der über ein umfangreiches Studienprogramm der amerikanischen Regierung orientierte: Ziel sei die Ausarbeitung eines völlig neuen Konzeptes für das Automobil der Zukunft (umweltschonend und energiesparend). Im Namen Präsident Carters lud er zu einer diesbezüglichen internationalen Zusammenarbeit und technologischen Partnerschaft ein. Das Problem "Verkehr und Energie" erhält erste Priorität. Die für 1981 vorgesehene Debatte soll bereits im Herbst dieses Jahres durch einen ersten Meinungsaustausch in die Wege geleitet werden.
6. Der Rat wurde über den Stand der ad hoc-Verhandlungen zwischen der EG und den übrigen CEMT-Mitgliedstaaten für ein Abkommen über den nicht regelmässigen Strassenverkehr mit Autobussen informiert. Die schweizerische Delegation unterstrich unser Interesse an diesen Verhandlungen, nicht zuletzt deshalb, weil das Generalsekretariat der CEMT beim Vollzug wichtige Funktionen erhalten soll, was die politische Stellung der CEMT stärken kann.

7. Italien gab bekannt, dass ab 1980 die Sommerzeit wie in andern europäischen Staaten Anfang April beginnen werde.

EIDG. VERKEHRS- UND
ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Ritschard

(Ritschard)

2 Beilagen

Protokollauszug an:

- EVED: - Bundesamt für Verkehr (4 Ex.) zum Vollzug
 - Generalsekretariat (3 Ex.)
 - Stabsstelle für Verkehrsfragen (3 Ex.)
 - Bundesamt für Energiewirtschaft (3 Ex.)
 - Generaldirektion SBB (3 Ex.)
- EDA: - Direktion für Völkerrecht (3 Ex.)
 - Integrationsbüro (3 Ex.)
- EDI: - Bundesamt für Strassenbau (3 Ex.)
 - Bundesamt für Umweltschutz (3 Ex.)
- EJPD: - Bundesamt für Polizeiwesen (3 Ex.)
- EVD: - Bundesamt für Aussenwirtschaft (3 Ex.)